

NW-Gespräch mit Günter Amendt : wem nützt die Drogenprohibition?

Autor(en): **Amendt, Günter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **88 (1994)**

Heft 4

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143829>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wem nützt die Drogenprohibition?

Günter Amendt, unser Gesprächspartner, hat mit dem Buch «Die Droge – der Staat – der Tod. Auf dem Weg in die Drogengesellschaft» einen wichtigen Beitrag zur Analyse des Drogenproblems geleistet. Da dieses unlösbar ist, fordert Amendt wenigstens eine Entschärfung durch die Freigabe der heute noch illegalen Drogen. Anders lässt sich der Teufelskreis von immer mehr Drogenelend und immer mehr Repression nicht sprengen. Amendt ist Soziologe, seit Anfang der 70er Jahre Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sexualforschung. 1972 erschien sein Buch «Sucht Profit Sucht», das sich erstmals mit der «politischen Ökonomie des Drogenhandels» befasste. Red.

Schluss mit der totalitären Phantasie von einer drogenfreien Gesellschaft!

NW: Günter Amendt, in Ihrem 1992 erschienenen Buch «Die Droge – der Staat – der Tod» schreiben Sie: «Wenn die Repressionsbereitschaft von oben sich mit Selbstschutzinitiativen von unten trifft und auf die Terrorbereitschaft der Händlerorganisationen stösst, könnte sich daraus eine Art Narco-Faschismus entwickeln.» Es sieht ganz so aus, als würde unsere Gesellschaft sich auf dieses Schreckensszenario hinbewegen. Mit der UN-Drogenkonvention von 1988 wird die Prohibitionspolitik sogar weltweit festgeschrieben. Gibt es noch einen Ausweg aus der Sackgasse?

Günter Amendt: Das, was gewöhnlich «das Drogenproblem» genannt wird, also die individuellen, die sozialen, die ökonomischen und die politischen Folgen des Konsums illegalisierter Drogen, ist Ergebnis einer gesellschaftlichen Fehlentwicklung, die Ende der 60er Jahre ihren Anfang nahm. Nur eine radikale Abkehr von allen bislang gültigen Dogmen verspricht einen Ausweg aus der «Drogenkrise», die sich längst zu einem weltweiten Problem entwickelt hat und – wie es in einem Dokument des UN-Suchtstoffkontrollrates heisst – die politischen und ökonomischen

Strukturen ganzer Länder bedroht. Schluss also mit dem Prohibitionsdogma, Schluss mit dem Abstinenzdogma, Schluss auch mit der totalitären Phantasie von einer drogenfreien Gesellschaft, die es nie gab und nie geben wird!

NW: Vor ein paar Monaten hat der Zürcher Stadtrat ein «Rückschaffungszentrum» eröffnet, in dem auswärtige Drogenabhängige festgehalten werden, um sie an die Wohngemeinden zu «vermitteln». Solche Massnahmen werden selbst von Politikern und Politikerinnen befürwortet, die für die Liberalisierung der heute noch illegalen Drogen eintreten. Sind das nicht «Verzweiflungstaten»?

Günter Amendt: Gruppen und Parteien, die sich darauf konzentrieren, das Bedürfnis nach einfachen Lösungen zu bedienen, sind auf dem Vormarsch in Europa. *Populismus* ist der dafür gängige Begriff. Es gibt keine Lösung des Drogenproblems. Wer eine Lösung verspricht, wo höchstens eine Entschärfung möglich ist, baut auf diese Tricks und drogenpolitischen Voodoo-Zauber. «Mehr SVP – weniger Drogen», diese Zauberformel ist eine Spitzenleistung der politischen Demagogie. Wie überhaupt der zurückliegende Wahlkampf in Zürich auf eine erschreckende Weise demonstriert

hat, mit welchen Mitteln unterdessen in der drogenpolitischen Auseinandersetzung gearbeitet wird – auch in der Auseinandersetzung mit jenen Kräften, die einen Kurswechsel befürworten.

Mir ist schleierhaft, wie man die in Zürich praktizierte Rückschaffungspolitik verfassungsrechtlich legitimieren will. Hat nicht jeder Schweizer, hat nicht jede Schweizerin das Recht auf freie Wahl des Aufenthalts- und Wohnortes? Die Rückschaffungspraxis wird den Sog des Zürcher Zentralmarktes auf auswärtige Konsumenten nicht unterbinden. Gesamtschweizerisch stellt sich darüber hinaus die Frage, ob die Dezentralisierung des Zürcher Drogenmarktes politisch und polizeitaktisch nicht ausserordentlich gefährlich ist. Doch danach fragt keine nur auf Wählerstimmen schielende drogenpolitische Strategie, die auch Menschenrechtsverletzungen und Verfassungsbruch billigend in Kauf nimmt. Das alles sind keine Verzweiflungstaten ratloser Politiker, sondern *kalkulierte Grenzüberschreitungen* auf dem Weg zum autoritären Staat.

Gefahren einer Dezentralisierung des Drogenmarktes

NW: Warum ist die Dezentralisierung des heute auf Zürich konzentrierten Drogenmarktes gefährlich? Im Zusammenhang mit den Konzepten der «dezentralen Drogenhilfe» wird doch genau umgekehrt argumentiert, dass diese nicht möglich sei bei nach wie vor zentralem Drogenmarkt. Wie sollen die andern Gemeinden und Kantone den Drogenabhängigen Hilfe anbieten, wenn diese dort nicht auch zu ihrem Stoff kommen? Und ist es nicht auch «politisch und polizeitaktisch» gefährlich, wenn die Drogenszene sich auf Zürich konzentriert und ganze Quartiere in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt, wenn nicht zerstört?

Günter Amendt: Sozialpolitisch scheint alles für eine Dezentralisierung zu sprechen. In ihrer Wohngemeinde versorgte Fixerinnen und Fixer geraten weniger in Gefahr, obdachlos zu werden. Auch kön-

nen sie sich auf soziale Beziehungen stützen bzw. an gewachsene soziale Beziehungen wieder anknüpfen, wenn ihnen danach ist. Doch allzu oft ist ihnen danach gerade nicht. Viele Junkies haben ja ihre Heimat- und Wohngemeinde bewusst verlassen, um in die Anonymität einer Grossstadt abzutauschen. Sie sind auf der Flucht vor sozialer Kontrolle, aber auch auf der Suche nach einer Form sozialer Beziehungen, die für Aussenstehende oft schwer erkennbar und nachvollziehbar ist. Für sie ist die städtische Drogenszene mehr als nur ein Marktplatz.

Unter Prohibitionsbedingungen hat jeder zwangsweise zurückgeschaffte Fixer, aber auch jede freiwillig zurückgekehrte Fixerin den *Dealer im Schlepptau*. Das ist die ökonomische Seite der Dezentralisierung. Der Markt wird aufgesplittert, wenn sich die Kundschaft absetzt und am Zentralmarkt nicht mehr nachfragt. Es entstehen dezentralisierte Kleinmärkte. Jeder Dealer wird, um auf seine Kosten zu kommen, danach trachten, sich an diesen Kleinmärkten neue Kundenkreise zu erschliessen. Als der Polizeidruck auf den Platzspitz am stärksten war, sind viele Dealer in die Aussenbezirke abgewandert, wo sie in Diskotheken neue Kunden anmachten. Das war der Beginn des Folienrauchens. Dass der Fahndungsaufwand grösser ist, wenn die Täter über den ganzen Kanton verteilt ihren Geschäften nachgehen, liegt auf der Hand. Wäre allerdings die Prohibition aufgehoben, wäre der Stoff also legal in Affoltern am Albis, in Wetzikon, Dübendorf und Uster, im Aargau und in St. Gallen erhältlich, dann – und nur dann – sind diese Einwände gegen eine Dezentralisierung hinfällig.

Der Stoff, aus dem Wahlkampfkonzepte sind

NW: Vor allem die bürgerlichen Parteien überbieten sich zur Zeit mit Vorschlägen, wie den Drogenhändlern das Handwerk gelegt werden könnte. Ich habe den Eindruck, es gehe ihnen ähnlich wie Drogensüchtigen: Beide müssen die Dosis ständig

erhöhen. So dreht sich die Repressionsspirale unaufhörlich weiter. Warum sind so viele Politiker so unfähig einzusehen, dass der «Drogenkrieg» mit immer mehr Repression nicht zu gewinnen ist?

Günter Amendt: Inkompetenz ist zweifellos ein nicht zu vernachlässigender Faktor in der aktuellen Drogendiskussion. In Deutschland mehr noch als in der Schweiz. Aber das wird Sie kaum trösten.

Ich glaube nicht, dass man davon ausgehen darf, die von Ihnen zitierten bürgerlichen Kreise seien durchwegs an einer Lösung des Drogenproblems interessiert. Solange sich die mit dem Drogenproblem verknüpften *Ängste politisch ausschachten* lassen und in Wählerstimmen niederschlagen, muss man davon ausgehen, dass es politische Kräfte gibt, die daran interessiert sind, den chaotischen Zustand in bestimmten Quartieren unverändert zu lassen. Diese Kräfte brauchen den verwahrlosten Fixer und die verlotterte Fixerin, sie brauchen die Angst vor dem Dealer und die Abscheu vor dem Junkie. Das ist ihr Stoff, aus dem sie Wahlkampfkonzepte entwickeln.

Auf die *Bundesrepublik Deutschland* bezogen, muss man einräumen, dass diese Rechnung aufgeht. Praktisch alle vom Drogenproblem besonders hart betroffenen Städte werden sozialdemokratisch und grün-alternativ regiert. Eine Konstellation wie geschaffen für Schuldzuweisungen. Und so werden Kommunalpolitiker für Probleme verantwortlich gemacht, die nur national und international «gelöst» werden können.

NW: Auf der andern Seite gibt es die betroffene Bevölkerung, die Schutz vor der Drogenszene verlangt. Es ist ja keine Frage, dass Beschaffungskriminalität und -prostitution, aber auch der sich brutalisierende Drogenhandel das Wohnen und Arbeiten im Umfeld der Drogenszene zusehends erschweren, wenn nicht verunmöglichen. In Zürich ruft auch die als tolerant bekannte Wohnbevölkerung des Stadtkreises 5 immer mehr nach Polizei und Repression.

Was würden Sie in dieser ausweglos erscheinenden Situation den politisch Verantwortlichen empfehlen?

Günter Amendt: Ich gehöre nicht zu denen, die von den Verantwortlichen um Empfehlungen gebeten werden. Adressat all meiner Überlegungen ist die allgemeine politische Öffentlichkeit. Im übrigen bin ich immer davon ausgegangen, dass die *Ängste der Bevölkerung* in den besonders belasteten Quartieren *ernst zu nehmen* sind. Ich kritisiere jede drogenpolitische Strategie, die glaubt, diese Ängste ignorieren zu können. Es war falsch damals in Zürich zur Zeit der Fixer-Raum-Abstimmung, die Bevölkerung über die geplanten Standorte im Unklaren zu lassen. Gerade eine nicht-repressive Drogenpolitik ist darauf angewiesen, um die Akzeptanz der Bevölkerung bei bestimmten Massnahmen zu ringen. Mein Denken in dieser Frage ist von der italienischen Psychiatriebewegung beeinflusst, und da spielte die Auseinandersetzung mit den Bürgerinnen und Bürgern eine wichtige Rolle, bevor man die bis dahin geschlossenen Anstalten öffnete und die psychisch Kranken auf den Marktplatz entliess.

Soziale Projekte werden besonders von denen bekämpft, die am weitesten entfernt leben von den sozialen Brennpunkten. Ich nenne das den *Kanzlei-Effekt*. Das Kanzlei-Zentrum ist am Stimmverhalten der Bevölkerung in den Aussenbezirken gescheitert. Auch der Fixer-Raum in Luzern wurde von den Stimmberechtigten am Standort gutgeheissen, während das Stimmverhalten in den Aussenbezirken die Weiterfinanzierung der Einrichtung verhinderte.

Für einen Drogenexperten gibt es kaum eine interessantere Stadt als Zürich

NW: Erlauben Sie mir die Zwischenfrage: Woher kommt es, dass Sie über unsere schweizerischen und vor allem stadtzürcherischen Verhältnisse so gut Bescheid wissen?

Günter Amendt: Das hat private Gründe. Ich kenne diese Stadt seit meinem achten Lebensjahr. Damals war ich als Rot-Kreuz-Kind Gast einer Zürcher Familie. Bei dieser Familie ist es mir sehr gut gegangen. Und so bin ich immer wieder nach Zürich zurückgekehrt. Mein «Debut» als Autor habe ich Mitte der 60er Jahre in einem Buch des in Zürich lebenden, aus Deutschland emigrierten Schriftstellers Heinz Liepman gegeben. Heute habe ich Familie, Freunde und Freundinnen in Zürich – mehr als in Hamburg, wo ich meinen Wohnsitz habe. Zürich genügt meinem Bedürfnis nach städtischem Leben. Da geht es mir anders als vielen meiner Zürcher Freunde, die unter der Enge der Stadt und ihrer protestantischen Strenge leiden. Meine Beziehung zu Zürich ist also das Ergebnis eines biographischen Zufalls, der sich, was meine beruflichen Interessen betrifft, als ausserordentlich günstig erweist. Denn für einen Drogenexperten gibt es kaum eine interessantere Stadt in Europa. Nicht wegen der spektakulären Drogenszene. Da habe ich härtere Szenen und grösseres Elend gesehen. Nein, interessant und lehrreich ist die Art, wie man sich in Zürich mit dem Drogenproblem auseinandersetzt – im Positiven wie im Negativen.

Repressive Kräfte vertreten Mafia-Interessen

NW: Die Frage drängt sich auf, wem die Prohibitionspolitik nützt. Gibt es Anzeichen dafür, dass die Mafia nicht nur ein Interesse an der Prohibition hat, sondern auch Staaten und politische Parteien unterwandert, um die Legalisierung zu verhindern?

Günter Amendt: Eine heikle Frage, die sich jedoch, wie Sie sagen, aufdrängt. Weltweit mehren sich die Stimmen, die den Krieg gegen Drogen für gescheitert erklären. Selbst innerhalb der Clinton-Administration wurde die Frage nach dem politischen Nutzen der Prohibition gestellt. Und in den Niederlanden haben sich gerade eben erst führende Experten, darunter auch

die Polizeipräsidenten der grössten Städte, für ein Ende der Prohibitions politik ausgesprochen. Da stellt sich schon die Frage, wie es das organisierte Verbrechen immer wieder schafft, politische Kräfte zu mobilisieren, die sich als Vertreter von Mafia-Interessen einspannen lassen.

Drogenpolitisch ist *Italien* eines der repressivsten Länder Westeuropas. Alle christdemokratischen Ministerpräsidenten haben sich für die Fortsetzung der einmal eingeschlagenen Repressionslinie stark gemacht. Nun plötzlich mit der Entmachtung der Christdemokratischen Partei vollzieht sich in Italien eine drogenpolitische Wende. Das Parlament beauftragte noch kurz vor seiner Auflösung eine Kommission mit einer Kosten-Nutzen-Analyse der Prohibition. Nur die Neofaschisten stimmten gegen diesen Auftrag. Dass zwischen Christdemokraten und Mafia enge Verbindungen bestehen, ist heute unbestritten in Italien. Einer der führenden christdemokratischen Politiker und mehrfacher Ministerpräsident Italiens wird heute öffentlich «Pate der Paten» genannt. Diese Connection lässt natürlich Rückschlüsse zu auf den drogenpolitischen Kurs Italiens in den vergangenen Jahren.

Es ist an der Zeit, darauf habe ich bereits in meinem Buch «Die Droge – der Staat – der Tod» hingewiesen, die *Frage nach den jeweiligen Interessen* in der drogenpolitischen Auseinandersetzung stärker zu betonen. Man möchte schon wissen, wie beispielsweise all jene Organisationen – Vereine und Parteien –, die sich so vehement für die Aufrechterhaltung der Prohibition ins Zeug legen, finanziert werden.

Die Droleg-Initiative – der vernünftigste Vorschlag zur Entschärfung des Drogenproblems

NW: In der Schweiz gibt es Initiativen zur Drogenpolitik, die gegensätzlicher nicht sein könnten: Das vom VPM mitinitiierte und im Juli mit 140 000 Unterschriften eingereichte Volksbegehren «Jugend ohne Drogen» will die Abgabe von Betäubungsmitteln überhaupt verunmöglichen. Die im

vergangenen April lancierte Initiative «für eine vernünftige Drogenpolitik» verlangt hingegen das genaue Gegenteil: die Freigabe aller Betäubungsmittel. Was halten Sie von dieser zweiten, der Droleg-Initiative, die Straffreiheit für Konsum, Erwerb, Besitz und Anbau von Drogen (für den Eigenbedarf) und das Monopol des Staates für den Drogenhandel verlangt? Halten Sie den Verzicht auf die besonders umstrittene Rezeptpflicht für richtig?

Günter Amendt: Die Droleg-Initiative ist der vernünftigste Vorschlag zur Entschärfung des Drogenproblems, den ich kenne. Der Verzicht auf eine Rezeptpflicht ist logisch, ob er politisch sinnvoll ist, ist eine andere Frage.

NW: Die andere Initiative appelliert an Ängste. Sie geht davon aus, dass die Freigabe der bislang illegalen Drogen eine Sogwirkung ausüben werde: einerseits auf Leute aus Staaten mit Prohibition und andererseits auf Jugendliche, denen dadurch der Einstieg in die illegalen Drogen erleichtert würde. Welches ist Ihre Antwort auf diese Befürchtungen?

Günter Amendt: Wer sich mit einer so schlichten Parole wie «Jugend ohne Drogen» begnügt und damit in der Substanz sagt: «weiter so wie bisher», kann kaum beanspruchen, in der wissenschaftlichen Diskussion ernst genommen zu werden. Ob es zu einer dramatischen Zunahme des Drogenkonsums käme, wenn dieser legalisiert würde, kann niemand mit Sicherheit sagen. Das ist argumentativ die Schwachstelle beider Initiativen. Die Angebotsseite ist planbar und kalkulierbar, die Nachfrageseite nicht. Darüber kann man nur spekulieren. Jede Droge muss dabei für sich betrachtet werden. Ich habe diese Abwägung unter Einbeziehung der wenigen empirisch gesicherten Beispiele in meinem Buch vorgenommen. Das Ergebnis kurz zusammengefasst: Eine spürbare Nachfragesteigerung auf nur schwer abschätzbare Dauer ist nur bei Kokain zu erwarten. Das heisst noch lange nicht eine Zunahme von Ko-

kain-Junkies. Ich denke da mehr an eine Zunahme des Freizeitkonsums und bin der Auffassung, dass dieses Risiko tragbar ist.

NW: Was sagen Sie zur Angst vor einer «Sogwirkung» auf Drogenkonsumierende in andern Ländern für den Fall, dass die Schweiz die Drogenprohibition ganz allein aufgeben würde?

Günter Amendt: Keine Frage, eine gesamteuropäische «Lösung» oder wenigstens eine EWR-weite Aufhebung der Prohibition wäre wünschenswert. Die Angst vor einem Alleingang ist weit verbreitet, in der Schweiz auch bei denjenigen, die der Legalisierung grundsätzlich zustimmen. Mit ihrem Modell von Bezugsberechtigungen hat die Droleg-Initiative auf diese Ängste angemessen reagiert. Nur Schweizer und Schweizerinnen bzw. in der Schweiz offiziell Niedergelassene können in den Besitz einer Bezugsberechtigung gelangen. Das funktioniert wie eine EC-Scheckkarte. Ist die tägliche Menge abgerufen, wird das «Konto» gesperrt. Da nur Kleinstmengen beziehbar sind – in der Apotheke oder sonstwo –, dürften ausländische Junkies kaum angelockt werden. Selbstverständlich wird es auch nach diesem Modell Missbrauch geben, es gibt eben keine saubere Lösung in einem schmutzigen Geschäft.

Skepsis gegenüber Modellversuch mit kontrollierter Heroinabgabe

NW: Wie beurteilen Sie die vom Bundesrat genehmigte versuchsweise Heroinabgabe an 700 Schwerstsüchtige, unter ihnen 200 in der Stadt Zürich?

Günter Amendt: Skeptisch. Schon die Selektion ist ethisch nicht vertretbar. Wer definiert eigentlich, was bzw. wer Schwerstabhängige sind? Wer nimmt sich das Recht heraus, die einen in das Modell aufzunehmen und andere auszuschliessen? Würden alle, die in den Modellversuch aufgenommen werden wollen, akzeptiert, entfielen dieser Einwand. Aber selbst dann blieben

gravierende Einwände. Auf das Marktgeschehen wird sich ein derartiger Modellversuch kaum auswirken. Denn gleichgültig, nach welchen Kriterien der Versuch durchgeführt wird, solange es *restriktive Aufnahmebedingungen* gibt, bleibt der Schwarzmarkt offen für alle, welche die Aufnahmebedingungen nicht erfüllen. Ein totaler Verzicht auf Aufnahmebedingungen käme einer verdeckten Aufhebung der Heroin-Prohibition gleich. Der Modellversuch wäre dann ein Etikettenschwindel.

Politisch sind derartige wissenschaftlich begleitete Modellversuche meist nur eine *Alibiveranstaltung*. Für die Dauer des Modellversuchs werden alle weiteren Schritte unterlassen mit dem Hinweis auf den laufenden Modellversuch, dessen Ergebnisse erst einmal abgewartet werden sollen. Auch wissenschaftlich ist die ganze Anlage des Modellversuchs höchst fragwürdig. Einmal angenommen, der Versuch würde so abgewickelt wie ursprünglich geplant: Eine bestimmte Zahl von Junkies würde nach bestimmten (fragwürdigen) Kriterien in den Versuch aufgenommen, während gleichzeitig eine bestimmte Zahl von nicht aufgenommenen Junkies wissenschaftlich mituntersucht würde, um am Ende im Vergleich der beiden Gruppen zu beweisen, dass... Ja, was? Was soll eigentlich bewiesen werden? Wenn man nur Schwerstabhängige in den Modellversuch aufnimmt, darunter HIV-Positive und Aids-Kranke, dann wird sich am Ende im Vergleich zu den weniger schwer Abhängigen herausstellen, dass die Todesrate bei denen, die Heroin bekamen, höher ist als in der Vergleichsgruppe, die sich am Letten oder sonstwo versorgte. Ist es das, was bewiesen werden soll?

NW: Sehen Sie mit dieser Vorwegnahme der Ergebnisse nicht vielleicht doch etwas zu schwarz? Die Arud (Arbeitsgemeinschaft für risikoarmen Umgang mit Drogen) zum Beispiel berichtet von ihrem Versuchsprogramm mit Heroin: Die 41 bislang aufgenommenen Patientinnen würden regelmässig in die Poliklinik kommen, viele hätten den illegalen Konsum gestoppt, an-

dere würden sich Kokain – das im Abgaberversuch noch fehlt – weiterhin auf der Gasse beschaffen. Ist die kontrollierte Heroinabgabe nicht wenigstens ein Schritt auf dem Weg zur Liberalisierung, ein Schritt allerdings, der notwendig ist, um Ängste in der Bevölkerung vor einer Drogenfreigabe abzubauen?

Günter Amendt: Deswegen befürworte ich ja auch den gerade angelaufenen Versuch. Das hindert mich jedoch nicht daran, seine fragwürdige Seite zu thematisieren und vor Illusionen zu warnen. Der Modellversuch wird den illegalen Markt nur unwesentlich beeinflussen und die Macht des Drogenkapitals nicht brechen. Genau genommen ist das sogenannte Cotti-Modell längst ein Auslaufmodell. Die Morphin-Abgabe, vor der ich von Anfang an gewarnt habe, ist unterdessen eingestellt worden, und der von FDP-Politikern lancierte und von der SPS unterstützte Vorschlag, den *Kreis der Bezugsberechtigten auszuweiten* und den «Versuch» auf den ganzen Kanton auszudehnen, ist als Antwort auf die vielen Einwände gegen das Cotti-Modell zu verstehen.

Die besondere Problematik der Designerdrogen

NW: Immer wieder ist von neuen Drogen zu hören, die binnen kurzer Zeit eine hochgradige Abhängigkeit erzeugen. Vor zwei Jahren wurde z.B. vor der Ultra-Droge Crack gewarnt. Hinzu kommen synthetische Drogen, die von «Untergrundchemikern» auf der Basis verschiedener Substanzen hergestellt werden und als extrem gesundheitsschädlich gelten. Wie ernst ist diese Gefahr, wie würde sich hier die Liberalisierung auswirken?

Günter Amendt: Crack ist ja nur – der Definition nach – eine besondere Verarbeitungsform von Kokain. Wenn man Kokain legalisiert, wird auch Crack legalisiert werden. Ohne zu sehr ins Detail zu gehen, möchte ich wenigstens darauf hinweisen, dass Crack die im Augenblick am meisten

mystifizierte Droge ist. Auch dazu habe ich mich in meinem Buch ausführlich geäußert.

Ich bin gerade dabei – gemeinsam mit einigen Kollegen –, Designerdrogen unter dem Gesichtspunkt ihrer möglichen Legalisierung zu prüfen. Das Droleg-Modell lässt sich so ohne weiteres auf die Designerdrogen nicht übertragen. Es gibt da *wesentliche Unterschiede*. Praktisch alle chemischen Grundsubstanzen oder Vorprodukte der marktgängigen illegalen Designerdrogen sind im Chemie-Großhandel der jeweiligen Produzentländer legal erhältlich. Der Markt aller industrialisierten Gesellschaften und fast aller sogenannten Schwellenländer ist in der Lage, die für den Herstellungsprozess erforderlichen chemischen Ausgangsprodukte und die entsprechenden Geräte zur Verfügung zu stellen. Das Ganze spielt sich also auf dem hohen Niveau der sogenannten Ersten Welt ab. Entsprechend sind die Konsequenzen für die Preisgestaltung und die Profiterwartungen.

Pharmakologisch ist der Fall klar. Wenn schon Designerdrogen, dann lieber aus den Labors der Pharmaindustrie, wo sie auch ursprünglich entwickelt wurden, als aus den Labors von Garagenchemikern, deren Produkte sich vom Original eigentlich nur im Ausmass ihrer Toxizität unterscheiden. *Garagendrogen* sind gefährlicher als *Industriedrogen* – was nicht heisst, dass diese ungefährlich wären. Mehr kann ich im Augenblick zu diesem Thema nicht sagen. Es ist – wie gesagt – in Arbeit.

Die Strukturen einer Konsumgesellschaft sind identisch mit den Strukturen einer Sucht

NW: Ich habe den Eindruck, Prohibition sei auch ein Alibi, um in der Bildungs- und Sozialpolitik Kürzungen vorzunehmen, statt hier die Prävention auszubauen. Welche Massnahmen der Prävention halten Sie für vordringlich. Radikaler gefragt: Gibt es in einer süchtigen und süchtigmachenden Gesellschaft überhaupt noch eine wirk-same Prävention?

Günter Amendt: Soziale Prävention verringert die Absturzrisiken. Das ist eine Banalität. Mir geht das *modische Präventionsgerede* auf die Nerven, weil all diejenigen, die ständig von Drogenprävention reden, soziale Prävention – also Arbeitsplätze, Ausbildungsstätten, Wohnen usw. zuallerletzt meinen. Da geht es vielmehr um Kampagnen, um moralische Appelle, um «Mut zur Erziehung» und ähnliche Präventionsmassnahmen aus dem Arsenal der autoritären Verbotserziehung. Am Ende soll dann die cleane, drogenfreie Gesellschaft stehen.

Zu akzeptieren, dass es immer wieder Menschen geben wird, die zu Drogen greifen, darunter immer auch Menschen, die in einen Suchtkreislauf geraten, ist eine Prämisse der Droleg-Initiative, die eben keine drogenfreie Gesellschaft verspricht.

Sucht ist nur ein anderer Ausdruck für Genussunfähigkeit, und *Genussunfähigkeit* ist ein kollektives gesellschaftliches Phänomen. Die Strukturen einer Konsumgesellschaft sind identisch mit den Strukturen einer Sucht. Das ist eine der zentralen Thesen meines Buchs: «Konsumismus ist ein Kreislauf von nicht stillbaren Bedürfnissen, die nach ständiger Dosissteigerung verlangen. Ständige Dosissteigerung, ohne je befriedigt zu sein, das ist Sucht.» Ich bleibe dabei, auch wenn ich eine Alternative nicht zu bieten habe: Das Suchtproblem ist innerhalb der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht lösbar. Es wenigstens zu entschärfen, ist bereits eine gigantische gesellschaftliche Aufgabe.

NW: Günter Amendt, ich danke Ihnen für dieses Gespräch und wünsche Ihren wichtigen Untersuchungen zur Drogenfrage eine weite Verbreitung.